

Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie

Die Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung seit den 70er Jahren

Die Debatten über den Niedergang der US-amerikanischen Vormachtstellung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems der Nachkriegsära konzentrieren sich auf zwei, eng miteinander verflochtene Dimensionen von Hegemonie. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um die Desintegration der Weltwirtschaftsordnung, die vor allem durch das System von Bretton Woods und die Funktion des Dollar als Weltgeld reguliert worden war. Darüber hinaus hat jedoch die Verbindung von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik jene "imperiale Überdehnung" erzeugt, die die Entscheidungsträger der amerikanischen Politik immer mehr mit der "unangenehmen Tatsache" konfrontierte, "daß die Gesamtsumme der globalen Interessen und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten heutzutage weit größer ist als die Kraft des Landes, sie alle gleichzeitig zu erfüllen" (Kennedy, 1989, S. 759). Der industrielle Niedergang, die Krise der Landwirtschaft sowie "beispiellose Turbulenzen im Finanzgefüge der Nation" (ebd., S. 773 ff.) stehen mithin in einer engen Wechselbeziehung mit diesen Veränderungen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Führungsstrukturen.

Die Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der USA in den 80er Jahren sind widersprüchlich. Einerseits liegen die USA sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch beim Zuwachs der Investitionen (als dem wichtigsten Indikator für Wachstums- und Innovationsdynamik) mit Japan und Großbritannien in der Spitzengruppe der entwickelten kapitalistischen Staaten (Klodt u.a., 1989, S. 11). Dem wird freilich entgegengehalten, daß das vermeintliche "Wachstumswunder" der USA überwiegend im finanziellen und kommerziellen Sektor stattgefunden habe, wo sich auch der höchste Zuwachs der Investitionstätigkeit konzentriert (Magdoff, 1989, S. 357 ff.). Da das "Geldmachen" wichtiger als die "Güterproduktion" geworden sei, verschleiern diese Daten zugleich den fortschreitenden Verfall der nationalen wie internationalen Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie.

Der Anteil der USA an der Weltproduktion von Gütern und Dienstleistungen ist im Zeitraum zwischen 1950 und 1980 von 40 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Der Anteil von Japan und Westeuropa erhöhte sich gleichzeitig von 22 Prozent auf 39 Prozent. Als führende Welthandelsmacht wurden die USA in den 80er Jahren von der BRD verdrängt; ihr zweiter Platz wird hart von Japan angegriffen. Die "japanische Herausfor-

derung" auf dem amerikanischen Binnenmarkt war in den 80er Jahren dramatisch - vor allem bei Automobilen, in der Unterhaltungselektronik, bei Werkzeugmaschinen und schließlich auch bei Hochtechnologie-Produkten (Petras/ Morley, 1989, S. 54 ff.). Das jährliche Handelsdefizit der USA schwankte daher in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zwischen ca. 110 und 145 Milliarden Dollar (Hickel, 1990, S. 136). Auf dem amerikanischen Automobilmarkt z.B. - einst, auch weltweit, unumschränkte Domäne des fordistischen Sektors par excellence - haben japanische Automobile ihren Anteil zwischen 1980 und 1990 von 20 auf 29 Prozent gesteigert. Bis 1995 - so lauten die Prognosen - werden die Firmen aus Fernost mehr als ein Drittel des US-Marktes übernommen haben. "Zunehmend lassen (diese Firmen) ... ihre Produkte in amerikanischen Fabriken zusammenbauen, um 'freiwillige' Importbeschränkungen zu umgehen und den hohen Handelsüberschuß mit den USA zu reduzieren ... Bis 1995 wollen Japans Firmen jährlich 2,5 Millionen Fahrzeuge in den USA herstellen, darunter 300.000 für den Export" (Ch. Tenbrock, Amerikanische Automobilindustrie, in: Die Zeit, 7. September 1990, S. 40).

Schließlich hat sich der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leistungsverfall und der überdehnten Weltmachtspolitik (die vor allem in den Aufrüstungsprogrammen der Reagan-Administration ihren Ausdruck fanden) in der geradezu explosionsartig ansteigenden Verschuldung der USA aufgedrängt. Das Land, bis vor wenigen Jahren noch weltweit der größte Kreditgeber, verwandelte sich innerhalb weniger Jahre in die größte Schuldner-Nation der Welt. "Während der 80er Jahre verdreifachte sich die öffentliche Verschuldung von \$ 645 Milliarden auf \$ 1,75 Billionen im Haushaltsjahr 1986 - die Nettoauslandsverschuldung wurde Ende 1987 auf \$ 400 Milliarden veranschlagt. Das Haushaltsdefizit betrug während dieses Zeitraums durchschnittlich 4,1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Ersparnisse (als Anteil am BSP) gingen von 7,1 Prozent während der 70er Jahre auf durchschnittlich 3,4 Prozent während der 80er Jahre zurück" (Herz, 1989, S. 46).

Die britische Ökonomin Susan Strange hat gegen die These vom Verfall der ökonomischen Vormachtstellung der USA eingewandt, daß die Unordnung in den Weltwirtschaftsbeziehungen seit den 70er Jahren weniger auf einen Wandel der objektiven Machtkonstellationen als vielmehr auf politische Fehlentscheidungen in den USA wie in Westeuropa zurückzuführen sei (Strange, 1986, S. 249 f.). Später hat sie ihrer Kritik am Ansatz der "hegemonic decline school" das Argument hinzugefügt, daß der relative Niedergang der US-amerikanischen Industrie, wie er etwa in der Offensive japanischer und europäischer Automobilhersteller auf dem US-Markt zum Ausdruck komme, nicht unbedingt als ein Indikator für einen ökonomischen Machtverlust der USA in den Strukturen des Weltsystems gelten könne. Da der Anteil der USA an den Weltmärkten der Dienstleistungssektoren (Banken, Versicherungen, Datenverarbeitung) sehr viel profitabler geworden ist als die Industrie, ist es außerordentlich

schwer zu sagen, ob die Industriekonkurrenz aus Europa, Japan und Fernost die USA geschwächt hat oder ob sie gerade Raum geschaffen hat, damit US-Konzerne in den Dienstleistungssektoren expandieren können.

Strange konzediert, daß die USA aufgrund der sinkenden Bedeutung der heimischen Industrie "verwundbarer" geworden seien. Dabei denkt sie an die - derzeit geringe - Gefahr von wirtschaftspolitischen Blockade-Maßnahmen von außen (etwa im Kriegsfall). Die Risiken - und damit die höhere Verwundbarkeit -, denen die Dienstleistungssektoren aufgrund von konjunkturellen Schwankungen und internationalen Finanzkrisen ausgesetzt sein könnten, werden freilich von ihr nicht einmal thematisiert. Die Verschuldungskrise der USA wird von ihr daher auch eher als Folge falscher politischer Entscheidungen denn als Ausdruck einer Hegemonialkrise interpretiert (Strange, 1988, S. 235 ff.).

Wenig überzeugend scheint freilich auch ihre These von der kompensatorischen Funktion des Dienstleistungssektors im Weltmarktzusammenhang für die ökonomische Machtposition der USA. Auf den ersten Blick nehmen US-Konzerne bei Warenhäusern, Werbeagenturen, in der Marktforschung, bei Finanzierungsgruppen, Hotel- und Restaurantketten eine unumschränkte Dominanzposition ein. Auch bei Versicherungsgesellschaften, Medienkonzernen, im Transport- und Luftfahrtsektor haben US-Firmen in der Liste der größten Unternehmungen Spitzenpositionen inne. Diese Informationen sind jedoch wenig aussagekräftig, um die These von der wachsenden Vormachtstellung des US-amerikanischen Dienstleistungskapitals in globalen Dimensionen zu untermauern; denn erstens handelt es sich dabei um traditionelle Domänen amerikanischen Kapitals und zweitens zeigen die Veränderungen im mittleren und unteren Bereich dieser Ranglisten, daß zahlreiche westeuropäische und japanische Konzerne gerade in den Dienstleistungsbranchen zu den Aufsteigern der 80er Jahre gehören. Vollends kehrt sich das Bild um, wenn die Banken und die Handelsgesellschaften betrachtet werden. Hier haben japanische Unternehmen in den 80er Jahren eine eindeutige Vormachtposition erobert, und auch bei den Versicherungsgesellschaften zählen inzwischen 4 japanische, neben 5 US-amerikanischen Firmen zur Spitzengruppe der ersten Zehn in der Welt (UNCTC, 1988, S. 533 ff.).

Schließlich ist gegen die Argumentation von Susan Strange einzuwenden, daß sie die wachsende Bedeutung des international operierenden Dienstleistungskapitals für die Hauptkonkurrenten der USA unterschätzt. Für die sektorale Struktur der internationalen Direktinvestitionen gilt zunächst allgemein, daß die Bedeutung von Investitionen im tertiären Sektor zugenommen hat. So heißt es im neuesten Bericht der UNO über die "Transnationalen Konzerne in der Weltentwicklung": "Während der vergangenen beiden Dekaden hat sich eine radikale Veränderung bei der sektoralen Zusammensetzung der internationalen Direktinvestitionen

vollzogen ... Während der 50er Jahre konzentrierten diese sich vor allem bei Rohstoffen und anderen Primärprodukten und bei der ressourcengebundenen Industrieproduktion - heute dagegen bei der technologieintensiven Industrieproduktion und bei den Dienstleistungen ... Um die Mitte der 80er Jahre waren etwa 40 Prozent der gesamten Direktinvestitionen ... im Dienstleistungssektor angelegt, gegenüber ca. 25 Prozent in den 70er Jahren und weniger als 20 Prozent in den frühen 50er Jahren. Darüber hinaus sind die internationalen Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor zunehmend der dynamischste Bestandteil der Direktinvestitionen in ihrer Gesamtheit geworden ... Alle Indikatoren sprechen dafür, daß sich dieser Trend auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre fortsetzen wird" (UNCTC, 1988, S. 370). In diesem Prozeß hat sich innerhalb des Dienstleistungssektors noch einmal eine Schwerpunktverlagerung von den Bereichen des Transports, der Kommunikation und der öffentlichen Versorgungsunternehmen in die Bereiche jener Dienstleistungen vollzogen, die mit dem internationalen Finanzsystem und dem Handel verbunden sind. Das aber sind wiederum jene Sektoren, in denen der Aufstieg europäischer und japanischer Konzerne stattgefunden hat (ebd., S. 373).

Das dynamische Wachstum in diesem Sektor konzentriert sich keineswegs einseitig beim US-amerikanischen Dienstleistungskapital. Sein Anteil an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der USA hat sich zwischen 1966 und 1986 von 32 auf 43 Prozent erhöht; in Japan dagegen stieg dieser Anteil im gleichen Zeitraum von ca. 25 auf 57 Prozent, in der BRD von 10 auf 48 %. Im Jahre 1965/66 betragen die japanischen und bundesdeutschen ausländischen Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor zusammen 38 Prozent der US-amerikanischen. Im Jahre 1986 machte die Gesamtsumme der US-amerikanischen Dienstleistungsinvestitionen im Ausland nur noch 91 Prozent der für Japan und die BRD errechneten Gesamtsumme aus. Gleichzeitig wurden die USA zum Hauptempfängerland für Dienstleistungsinvestitionen aus dem Ausland, wobei wiederum Japan, die BRD, aber auch Großbritannien eine führende Rolle spielen (ebd., S. 377). Insofern kann davon ausgegangen werden, daß der Niedergang der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie, die Überschwemmung des amerikanischen Marktes mit Industrieprodukten aus Fernost und Europa, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Steigerung der ausländischen Dienstleistungsinvestitionen in den USA einhergeht; denn nach wie vor ist ein erheblicher Teil der Dienstleistungstätigkeiten an den materiellen Produktionsprozeß sowie (was in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist) an die Warenzirkulation und deren Realisierung auf den nationalen und internationalen Märkten gebunden (vgl. u.a. Bischoff/Detje, 1989, S. 97 ff.).

Die Verwundbarkeit der US-amerikanischen Wirtschaft, die Susan Strange für gering erachtet, stellt sich in solchen Verflechtungszusammenhängen natürlich etwas bedrohlicher dar. Wenn ein wachsender Teil des Kreditbedarfs der hochverschuldeten

amerikanischen Wirtschaft sowie der öffentlichen Hand z.B. durch japanische Anleihen befriedigt wird, so könnten ein Einbruch der Konjunktur, aber auch ein Sinken des Zinsniveaus oder auch starke Verluste bei Spekulationsgeschäften über einen schnellen Abzug von kurzfristig terminierten Anleihen (vor allem aus Japan) zu einer Beschleunigung wirtschaftlicher und finanzieller Krisenprozesse führen. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 war Deutschland besonders verwundbar, weil 1929/30 ausländische Kredite - vor allem auch aus den USA - zurückgezogen wurden und dadurch der Absturz sowohl der Produktion als auch die Finanzkrise - bis zum "Bankenkrach" von 1931 - verstärkt wurden.

Ökonomische Leistungskraft und weltpolitische 'Ordnungsfunktion'

Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie kann also nur angemessen erfaßt werden, wenn der Zusammenhang zwischen der ökonomischen Leistungskraft des US-Kapitalismus mit der weltpolitischen Handlungsfähigkeit und "Ordnungsfunktion" des imperialen Staates der USA berücksichtigt wird. Daher muß die Bedeutung dieses Abstiegs im Kontext a) der Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt seit den 70er Jahren, und b) des Wandels der Funktionen der nationalstaatlichen Interventionen sowohl für die innere ökonomische und politische Entwicklung als auch für die Weltwirtschaftsbeziehungen analysiert werden. Die allgemeinen Rahmenbedingungen werden dabei durch den Widerspruch zwischen Wachstum und Transnationalisierung der Weltwirtschaft definiert. In den 80er Jahren ist zunächst eine weitere Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums - begleitet von größerer, weltwirtschaftlicher Instabilität und von zunehmenden protektionistischen Tendenzen - charakteristisch. Gleichzeitig hat sich jedoch der Prozeß der Transnationalisierung, in dessen Zentrum die Direktinvestitionen der internationalen Konzerne stehen, fortgesetzt. Die innere Struktur dieses Prozesses wiederum vermittelt erste Erkenntnisse über den Wandel der Kräfteverhältnisse und der Konkurrenzbeziehungen auf dem Weltmarkt; denn "... die relative Bedeutung von japanischen und von westeuropäischen Konzernen hat zugenommen, während die der US-Konzerne zurückgegangen ist". Diese wurden aufgrund der Offensive japanischen und westeuropäischen Kapitals auf dem US-Markt selbst gezwungen, sich auf die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit im eigenen Lande zu konzentrieren (UNCTC, 1988, S. 15 ff.).

In der ersten Hälfte der 80er Jahre kam es zu einem deutlichen Abfall im Wachstumstempo der Weltwirtschaft. Die durchschnittlichen, jährlichen Expansionsraten des Welthandels verringerten sich von 8,5 Prozent (1960-70) auf 5 Prozent (1970-80) und schließlich auf 2,8 Prozent (1980-85). Das Wachstumstempo der Weltproduktion fiel von 6 Prozent (1960-70) über 4 Prozent (1970-80) auf 2,1 Prozent (1980-85). Seit 1986 ist

freilich eine Revitalisierung des Welthandels festzustellen. "Im Jahre 1988 war das Expansionstempo so hoch wie seit 1973 nicht mehr. Besonders rasch nahm der Handel mit Industriewaren (plus 10,5 Prozent) zu" (Klodt u.a., 1989, S. 14/15). Offen bleibt allerdings, ob damit schon einer neuer, stabiler Trend des Wachstums markiert wird (auch im Jahre 1989 hat der Welthandel um 7 Prozent zugenommen, vgl. IPW-Berichte, 8/90, S. 16).

Betrachtet man die innere Struktur der globalen Wachstumsindikatoren, so fällt zunächst auf, daß bei den entwickelten kapitalistischen Wirtschaftsregionen Westeuropa zwischen 1981 und 1986 - im Vergleich zu Japan und den USA - deutlich zurückgefallen ist. Hier deutet sich schon an, in welcher Weise die Befürchtung vor einem Zurückbleiben in der internationalen Wachstumskonkurrenz die Regierungen der EG-Staaten gedrängt hat, einen Konsensus über das Projekt des EG-Binnenmarktes bis 1992 herbeizuführen. Die großen Verlierer in der internationalen Wachstumskonkurrenz sind freilich die Entwicklungsländer in Afrika, im mittleren Osten und in Lateinamerika. Während in Asien der Aufstieg der neu-industrialisierten "Schwellenländer" (Südkorea, Taiwan u.a.) für ein kräftiges, überdurchschnittliches Wachstum gesorgt hat, befinden sich die restlichen Entwicklungsländer in einer tiefen Wirtschaftskrise, die ihrerseits durch die Explosion der Verschuldung seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch verstärkt wird.

Diese blockiert nicht nur das innere Wachstum, sondern schwächt zugleich die Position dieser Länder im Welthandel. Außerdem wurden sie als überwiegend rohstoffproduzierende Länder in den 80er Jahren durch die Veränderungen der Terms of Trade sowie durch die heftigen Schwankungen des Dollar-Kurses von beträchtlichen Einkommensverlusten betroffen. "Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer mit der Finanzierung ihrer Verschuldung beeinflussen direkt ihre Importnachfrage; der Bremseffekt auf den Welthandel ist umso stärker, als Zinserleichterungen für die bestehende Verschuldung und Schuldenerlaß einen Einkommensverlust für die Gläubigerländer bedeuten ... Die Wirtschaftssanierungsprozesse (die den hochverschuldeten Ländern vom IWF diktiert werden, F. D.) haben in der Regel das Wachstum der Inlandsnachfrage dieser Länder beschränkt. Indessen hat sich die Leistungsbilanz deutlich verbessert, und zwar weniger aufgrund der Exportentwicklung, als vielmehr wegen erheblich reduzierter Importe: Tatsächlich stiegen die Importe nur 1987 und 1988 signifikant, was sie zu dem in 1981 erreichten Niveau zurückbrachte" (Europäische Wirtschaft, Nr. 39, März 1989, S. 20). So hat in den 80er Jahren die Konzentration des Welthandels auf die Industrieländer noch einmal von einem Anteil von 48 Prozent (1979) auf 54 Prozent (1986) zugenommen.

Auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind bei einer Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums die Ungleichgewichte sowie die Destabilisierungspotentiale, die die Entwicklung seit den 70er Jahren auszeichnen, keineswegs überwunden worden. Japan und die BRD (sowie die

EG insgesamt) verzeichnen hohe Zuwachsraten, während die Wachstumsdynamik in den USA zunehmend erlahmt, so daß 1990 von der Gefahr einer Rezession die Rede ist. Die Disproportionen in den Außenhandelsbeziehungen halten an: die USA haben nach wie vor ein riesiges Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Japan, die BRD und die "asiatischen Tiger" (Südkorea, Taiwan, Honkong, Signapur) erzielen gewaltige Überschüsse im internationalen Austausch von Waren und Kapital.

Dabei fällt auf, daß sich auch bei den großen EG-Staaten Frankreich und Italien, vor allem aber bei Großbritannien, zwischen 1987 und 1989 die Außenhandelsposition - vor allem gegenüber der BRD - zunehmend verschlechtert hat (vgl. IPW-Berichte, 8/1990, S. 17). Für die Verschuldung und die Wirtschaftskrise weiter Teile der Dritten Welt gibt es keine Entwarnung. Schließlich wird durch die Irak-Kuweit-Krise des Jahres 1990 die Verschuldungssituation der USA noch einmal dramatisch zugespitzt werden. Dabei wird sich unvermeidlich der Druck der USA auf ihre "reicheren" Bündnispartner zunehmen, zusätzliche finanzielle und militärische Lasten zu übernehmen.

Schließlich hat auch die wirtschaftliche Krisensituation in den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas neue Destabilisierungstendenzen in der Weltwirtschaft verstärkt; denn der Bedarf an Krediten und anderen Hilfsleistungen (bei bereits hoher Auslandsverschuldung in einigen Ländern, wie z.B. in Polen), die diese Länder nunmehr von den entwickelten, westlichen Industriestaaten als Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirtschaft und damit für eine Stabilisierung der Demokratie einfordern, trifft auf eine Konstellation, in der angesichts der Ungleichgewichte auf den internationalen Waren- und Finanzmärkten nur wenige Überschußländer in der Lage sind, wenigstens Teile dieses Bedarfes zu befriedigen.

Zumal in Europa wird diese Konstellation noch durch die deutsche Einigung kompliziert. Auf der einen Seite hat die Einführung der DM in Ostdeutschland das Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaft - im Sinne eines keynesianischen Nachfrageschubes - noch beschleunigt. Auf der anderen Seite beschränken die Kosten der deutschen Einheit den Handlungsspielraum der Bundesregierung und der Bundesbank hinsichtlich der Überwindung der Wirtschaftskrisen in anderen Ländern oder auch nur hinsichtlich der Kompensation von Kosten, die mit dem Prozeß der EG-Integration (z.B. im Rahmen der Regionalpolitik) entstehen. Die Gefahren, die vom Verfall des Dollarkurses und von einem Inflationsdruck in Deutschland für die Außenwirtschaftsposition der BRD ausgehen könnten, bilden einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor, der negativ auf internationale Regelungen zur Stabilisierung der weltwirtschaftlichen und -politischen Ordnung einwirken muß.

So zeichnet sich in der globalen Entwicklung zumindest eines sehr deutlich ab: eine neues, systemisches "Regime", eine neue

hegemoniale Struktur, die zugleich globale Ordnungsfunktionen übernehmen könnte, ist nicht in Sicht - wie auch immer im Spätsommer 1990 die Einmütigkeit der von den USA geführten Anti-Irak-Front Konturen neuer weltpolitischer Bündnis- und Handlungskonstellationen im Rahmen der UNO anzudeuten scheint. Gleichwohl sind auf diesem Wege einer militärischen Konfrontation keineswegs jene Hindernisse zu beseitigen, die seit den 70er Jahren als Reaktion auf den Zerfall des Bretton-Woods-Systems der multilateralen Liberalisierung und auf die neuen Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz aufgebaut wurden und die sich im Verlaufe der 80er Jahre eher noch verstärkt haben. Während sich - über die Aktivität der internationalen Konzerne und Banken - die Tendenz zur Globalisierung der Gütermärkte (vor allem bei den Hochtechnologieprodukten) sowie der internationalen Finanzmärkte fortgesetzt hat, verfestigte sich in den internationalen wirtschaftspolitischen Beziehungen ein "Neuer Protektionismus", dessen wichtigste Komponenten die "merkantilistische (nationalistische) Konkurrenz", der "ökonomische Regionalismus" sowie der "sektorale Protektionismus" bilden (Gilpin, 1987, S. 394 ff.) Damit sind zugleich Probleme der *politischen* Ökonomie, d.h. der Rolle der Politik der Nationalstaaten sowie der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik, in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und praktisch-politischen Interesses getreten: "Das Regime des Freihandels, das sich in der Wachstumseuphorie der Nachkriegszeit entwickelte, betonte die strikte Trennung zwischen Ökonomie und Politik. Die gegenwärtige Wirklichkeit allerdings, die durch geringes Wachstum, intensive Konkurrenz zwischen den Industriestaaten, anhaltende Armut in der 'Vierten Welt', einen neuen Protektionismus gegen Exporte aus Dritte-Welt-Ländern und verschiedene nichttarifäre Handelshemmnisse bestimmt wird, hat die Aufmerksamkeit auf die politischen Aspekte dessen konzentriert, was früher als reine Marktprobleme begriffen wurde" (Pirages, 1990, S. 3).

Der neue Merkantilismus in den Weltwirtschaftsbeziehungen reflektiert vorab die wachsende Bedeutung der Nationalstaaten, deren Politik darauf gerichtet ist, ihre Vorteile aus der globalen Interdependenz zu maximieren, d.h. zugleich, die daraus entstehenden Kosten zu minimieren (Gilpin, 1987, S. 395). Bei den härter gewordenen Kämpfen um die Behauptung auf den Weltmärkten - vor allem in den Hochtechnologiesektoren - ist es für die international operierenden Konzerne immer wichtiger geworden, daß die Politik des Nationalstaates die Strategien des exportorientierten Wachstums unterstützt. Wenn angesichts der Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz nur eine Modernisierung der Volkswirtschaft (mit einem Schwergewicht bei den exportorientierten Sektoren) weiteres Wachstum garantiert, so wird die Politik des Staates zunächst darauf verpflichtet werden, daß er inflationären Tendenzen im Innern bremst, die Lohn- sowie die allgemeinen Sozialkosten dämpft und auf diese Weise versucht, über

Währungsstabilität die Exportposition der einheimischen Kapitale zu verbessern. Diese Politik ist in nahezu allen kapitalistischen Industriestaaten seit den 70er Jahren verfolgt worden. Das Umschalten von der nachfrage- und beschäftigungs- auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt das Ziel, die Inflation in den Griff zu bekommen, die Staatsverschuldung zu reduzieren und die Zuwächse bei den Löhnen und Sozialeinkommen zu begrenzen, um auf diesem Wege eine der Weltmarktkonkurrenz angemessene Modernisierungsstrategie durchzusetzen. In Westeuropa hat diese Politik, die vor allem die Macht der Gewerkschaften schwächen sollte, jenen hohen Stand der Arbeitslosigkeit und jene Wachstumsschwäche mit beeinflußt, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre - vor allem im Vergleich zu den USA und zu Japan - allenthalben beklagt wurde. "In den entwickelten Marktwirtschaften ist das Wirtschaftswachstum durch eine (nationale) Wirtschaftspolitik beeinträchtigt worden, die die Kontrolle der Inflation stärker betont hat als die Ausdehnung der Nachfrage". Diese politische Schwerpunktsetzung hat ihrerseits dazu beigetragen, daß die wichtigsten Industriestaaten nicht in der Lage waren, "ihre Politik zu koordinieren, um so ein kontinuierliches Wachstum verbunden mit einem inneren und äußeren Gleichgewicht zu sichern" (UNCTC, 1988, S. 20).

Gleichzeitig setzte ein "strukturpolitischer Wettlauf" zwischen den kapitalistischen Industriestaaten ein. Als Reaktion auf das geringe Wachstum, hohe Inflationsraten, steigende Arbeitslosigkeit und große Zahlungsbilanzdefizite gingen die Regierungen dazu über, "ihr industriepolitisches Instrumentarium zu erweitern, um die eigene Industrie in der internationalen Konkurrenz weiterhin stützen zu können" (Junne, 1984, S. 136). Staatliche Förderungsprogramme setzten die Akzente im Bereich der Forschungspolitik auf den Gebieten der Mikroelektronik, der Telekommunikation, der Roboter-Produktion und -Anwendung sowie der Biotechnologie. Dieser Wettlauf, der noch längst nicht beendet ist, wurde zum bestimmenden Moment in der Konkurrenz zwischen den USA, Japan und Westeuropa, wobei die Europäer zu der Einsicht gezwungen wurden, daß sie nur über eine neue Stufe der Integration der nationalen Märkte in der EG sowie über einen Ausbau der Forschungs- und Technologiepolitik auf der EG-Ebene selbst in diesem Wettlauf mittelfristig eine Überlebenschance haben werden. Der "Sprung nach vorn", der in der EG seit 1985 beschlossen wurde, war so auch eine Antwort auf die globale Herausforderung in diesem strukturpolitischen Wettlauf.

Wenn von einer *Tendenz zur Regionalisierung* der Weltwirtschaft gesprochen wird, so erwähnen insbesondere US-amerikanische Autoren zuerst Westeuropa und die EG. In der Tat hat sich der Anteil des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den EG-Staaten beträchtlich erhöht: von 1958 bis 1988 stieg dieser Anteil bei den Ausfuhren von 37,2 auf 62,7 Prozent, bei den Einfuhren von 35,2 auf 58,2 Prozent (EG-Kommission, Perspektive '92, Nr.6/1990, S. III). In den USA und in Japan wird daher befürchtet, daß mit der Realisierung des Binnenmarktes ohne

Grenzen bis 1992 sowie mit dem Ausbau einer Währungsunion Westeuropa zu einer "Festung" in der Weltwirtschaft - mit starken Abschließungseffekten nach außen - ausgebaut werden könnte. Die Zunahme der US-amerikanischen sowie der japanischen Direktinvestitionen in der EG, d.h. der Ausbau von Positionen in der Festung, ist eine der Reaktionsformen auf diese Unsicherheit.

Dennoch können die Europäer darauf hinweisen, daß die Tendenz zur Regionalisierung sich keineswegs ausschließlich auf ihren Wirtschaftsraum beschränkt. "Im Mittelpunkt der Diskussion um die Segmentierung der Weltmärkte steht der Handel in der sogenannten Triade, zu der die drei Handelsblöcke Nordamerika, Westeuropa und Japan mit den asiatischen Schwellenländern gezählt werden. Tatsächlich hat der Handel innerhalb der Blöcke ein merklich größeres Gewicht als der Handel zwischen den Blöcken. Vor allem der innereuropäische Handel, aber auch der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada sowie der der asiatischen Länder untereinander ist größer als die meisten Handelsströme zwischen den Blöcken der Triade" (Klodt u.a., 1989, S. 40). Für eine zukünftige Intensivierung des Warenaustausches innerhalb der Blöcke könnte nicht allein die Vollendung des EG-Binnenmarktes sowie der Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und Kanada im Jahre 1989 sprechen. In diese Richtung weist zudem "die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Japan und der Schwellenländern, die sich vor allem in Form von japanischen Direktinvestitionen und Joint Ventures vollzieht" (ebd., S. 41).

So ist es neben dem westeuropäischen Wirtschaftsraum vor allem der pazifische Raum, in dem - auf der Basis eines schnellen industriellen Wachstums, aber auch unter Einschluß des US-amerikanischen Marktes - eine regionale Konzentration entwickelt, bei der Japan mehr und mehr die Funktion eines regionalen Zentrums übernommen hat. "Die interkontinentalen Handelsbeziehungen sind durch verstärkte Warenströme zwischen Nordamerika und Ostasien gekennzeichnet: Der nordamerikanische Markt wurde mehr und mehr zum Hauptabsatzmarkt für die Fertigwarenprodukte der asiatischen Länder ... Im übrigen hat sich der beschleunigte Handel dieser Zone um Japan polarisiert. In der Tat hat dieses Land seit 1986 umfangreiche Direktinvestitionen in den meisten asiatischen Ländern getätigt; die daraus resultierende Produktion ist zum großen Teil für den Export bestimmt, insbesondere nach Nordamerika, oder - zumeist in Form von Halbfertigwarenausfuhren - nach Japan" (Europäische Wirtschaft, März 1989, Nr. 39, S. 21; vgl. dazu auch Göbel u.a., 1988).

Die Klagen über den neuen, *sektoralen Protektionismus* in der Weltwirtschaft sind seit den Weltwirtschaftskrisen von 1974/75 und 1980/82 nicht verstummt. Der neue Handelsprotektionismus tritt besonders in der Form von nichttarifären Handelshemmnissen sowie von bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen auf. "In den 70er und 80er Jahren haben die meisten Länder auf neue Formen protektionistischer

Praktiken zurückgegriffen; die Handelsrestriktionen waren auf eine breite Produktskala abgestellt: Kraftfahrzeuge, petrochemische Produkte, synthetische Fasern und, besonders ausgeprägt, elektronische Ausrüstungen und Halbleiter" (Europäische Wirtschaft, März 1989, Nr. 39, S. 19).

Der sektorale Protektionismus erstreckt sich mithin vor allem auf die Märkte für Hochtechnologie-Produkte, bei denen die internationalen Konzerne Strategien einer internationalen Kartellierung akzeptieren und verfolgen. Solche Abkommen können - wie z.B. zwischen Japan und den USA - als Regierungsvereinbarungen über gegenseitige Marktöffnungen, Quoten und Kooperationsprojekte abgeschlossen werden. Sie können aber auch - mit gleicher Wirkung - als Kooperationsabkommen zwischen verschiedenen, internationalen Konzernen zustandekommen, die bei der Entwicklung neuer Produkte globale Marktabsprachen treffen, um die Amortisation der enormen Entwicklungskosten für diese Produkte zu gewährleisten. Da aber die Grundlagenforschung stets auch die Forschungs- und Entwicklungspolitik der Nationalstaaten berührt, wird diese unvermeidlich in solche Vereinbarungen involviert. So ist der sektorale Protektionismus auch für die Regierungen immer attraktiver geworden. "Er versetzt sie in die Lage, ausländische Märkte offen zu halten, während sie sich eine gewisse Kontrolle über ihre eigenen Binnenmärkte bewahren und eine nationale Präsenz in solchen Sektoren etablieren können. Auf diese Weise wird eher der intraindustrielle als der interindustrielle Handel ermuntert. Die Regierungen erlangen dabei einige der Vorteile der ökonomischen Interdependenz, ohne mit den Kosten eines vollständig liberalisierten Handelsregimes belastet zu werden" (Gilpin, 1987, S. 403).

Globale Interdependenz und Tendenzen der Desintegration

Der neue Merkantilismus, die Regionalisierung und der neue Protektionismus markieren Tendenzen einer Desintegration bzw. Segmentierung der Weltwirtschaft, die sich vor allem dadurch auszeichnet, daß auf der einen Seite die globale Interdependenz zunimmt, während auf der anderen Seite das "globale Regime", das die USA nach dem Krieg ausgeübt hatten, verfällt und durch politische Regulationsformen oder Regime ersetzt wird, bei denen nationale bzw. (im Falle der EG) regionale Interessen, die von den Regierungen der Nationalstaaten wahrgenommen werden, die Oberhand gewinnen. Sollte sich jedoch diese Widerspruchskonstellation zwischen ökonomischer Globalisierung und politischer Segmentierung in der Weltwirtschaft (die zudem gegenüber den Schwankungen der weltwirtschaftlichen Konjunktur höchst sensibel reagiert) verstärken, sollte es nicht zu einem neuen politischen Ausbalancieren dieser drei Elemente kommen, so werden "die Gefahren, die von weiteren merkantilistischen Konflikten sowie von einem weiter

destabilisierenden ökonomischen Nationalismus ausgehen, in der Zukunft noch zunehmen" (Gilpin, 1987, S. 404).

Dennis C. Pirages hat diese eher pessimistische Bewertung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven folgendermaßen zusammengefaßt: "Der Niedergang der US-Hegemonie und der wachsende Einfluß Japans und Westeuropas haben eine neue Ordnung von Regeln, die den internationalen Handel und das internationale Währungs- und Finanzsystem beherrschen, zu einer dringenden Notwendigkeit werden lassen. Dennoch sind angesichts der Differenzen, die zwischen den entwickelten Ländern auf dem Felde der einheimischen Industrie- und Wirtschaftspolitik bestehen, solche Vereinbarungen sehr unwahrscheinlich geworden. Ohne eine signifikante Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums ist es eher wahrscheinlich, daß es zu größeren Konflikte über Subventionen, die Auswahl der Ziele, Zölle und Quoten kommt, die das ohnehin schon komplexe und streitsüchtige Handelssystem noch mehr komplizieren. Ein Teilergebnis solcher Konflikte wäre dann, daß die weniger entwickelten Länder, die gerade begonnen haben, in die industriellen Märkte der Welt signifikant einzudringen, zu den Opfern eines neuen Protektionismus werden könnten, der die Welt auf dem heutigen Niveau der Ungleichheit einfrieren würde" (Pirages, 1990, S. 14).

Die Disziplin der internationalen politischen Ökonomie hat in den 80er Jahren eine Aufwertung oder gar Re-Naissance erfahren (Meyers, 1989). Darin reflektiert sich vorab der Sachverhalt, daß die Veränderungen in den internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen seit den 70er Jahren einer gründlichen, wissenschaftlichen Analyse bedürfen, die ihrerseits Auskünfte über zukünftige Entwicklungstendenzen sowie über mögliche bzw. notwendige politische Optionen und Entscheidungen geben könnte. Der Pessimismus, der solchen Analysen in der Regel als Grundstimmung attestiert wird, manifestiert sich zumeist bei US-amerikanischen Autoren, die den Verfall der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA als einen quasi-natürwüchsigen Prozeß registrieren, der - auf der Basis der globalen Wachstumsschwäche - von einer fortschreitenden Segmentierung der Weltwirtschaft begleitet wird, in der keine Ansätze die Herausbildung von Elementen eines neuen, stabilen Regulierungsinstrumentariums zu erkennen sind.

Dennoch bleibt es eine Schwäche dieser Ansätze, daß sie bei der Analyse der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen und der dabei sich akkumulierenden Risiken und Konfliktpotentiale einerseits den Blick auf die hochentwickelten Zentren des internationalen Kapitalismus in Nordamerika, Westeuropa und im pazifischen Raum konzentrieren. Die zunehmende Abkoppelung weiter Teile der "Dritten und Vierten Welt" erscheint so als ein mehr oder weniger bedauernswerter "Fall-Out" dieser Prozesse, der allerdings nicht zum Nachdenken über Lösungsstrategien zur Bear-

beitung der damit verbundenen Widerspruchspotentiale anregt. Zudem haben diese Wissenschaftler, die die weltwirtschaftliche "Unordnung" seit den 70er Jahren analysieren, die Möglichkeit des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa sowie die damit verbundene Problematik der Integration dieser Ökonomien in den kapitalistischen Weltmarkt nicht vorausgesehen. Auf der anderen Seite zeichnen sich diese Analysen durch eine allzu enge ökonomistische Perspektive aus, die systematisch der Frage ausweicht, wie die *internationale politische Ökonomie* mit jenen Anforderungen und Widersprüchen umzugehen hätte, die schon in der Gegenwart, mehr freilich noch in der Zukunft aus einer globalen, *politischen Ökologie* resultieren.

Die Vernachlässigung der politischen Ökologie

Diese Vernachlässigung der politischen Ökologie ist umso erstaunlicher, als seit den frühen 70er Jahren - ausgehend vom Bericht des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" (1972) - auf die Belastungen aufmerksam gemacht wurde, die aus dem Bevölkerungswachstum und der wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Nationen, aus der Erschöpfung der Rohstoffvorräte sowie aus dem exponentiellen Wachstum der Umweltverschmutzung für die gesamte Weltwirtschaft und -politik hervorgehen. Der Bericht "Global 2000" an den Präsidenten der USA (1980) schließlich gelangte zu einer düsteren Prognose für die kommenden Jahrzehnte: "Unter der Voraussetzung, daß sich weltweit die gegenwärtigen politischen, ökonomischen und technischen Entwicklungstrends fortsetzen, wird die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkert, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als die Welt, in der wir heute leben. Ein starker Bevölkerungsdruck, ein starker Druck auf die Ressourcen und Umwelt lassen sich deutlich voraussehen. Trotz eines größeren materiellen Outputs werden die Menschen auf der Welt in vieler Hinsicht ärmer sein, als sie es heute sind" (zit. n. Grün/Wiener, 1984, S. 48). Die 80er Jahre - so ist inzwischen deutlich geworden - waren für die Bearbeitung dieser Probleme ein "verlorenes Jahrzehnt". Der Präsident der Weltbank, Barber Conable, sagt 1988: "Ein unerbittlicher Tatbestand der achtziger Jahre ist, daß das Wachstum unzureichend war, die Armut weiter zunimmt und daß die Umwelt schlecht geschützt wird. Wenn kein Wandel eintritt, bleibt unseren Kindern durch diese Realitäten eine friedliche, annehmbare und lebenswerte Welt vorenthalten" (zit. n. Sen, 1990, S. 151).

Wenngleich in den 80er Jahren - u.a. auch aufgrund des Verfalls der Erdölpreise - die Diskussion über die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen tendenziell in den Hintergrund getreten ist, so haben die düsteren Prognosen vor allem in den folgenden Bereichen eine allzu frühe Bestätigung erfahren:

- Bevölkerungswachstum, Wirtschafts- und Verschuldungskrise sowie irreversible ökologische Schädigungen in der Dritten Welt haben schon jetzt eine geradezu hoffnungslose Situation erzeugt. "770 Millionen Menschen sind unterernährt, 14 Millionen Kinder sterben jährlich an Hunger, 1,3 Milliarden Menschen haben keine gesicherte Trinkwasserversorgung, 100 Millionen keine angemessene Wohnung und 880 Millionen Menschen können weder schreiben noch lesen" (Renner, 1989, S. 221). Nach Angaben der Weltbank in ihrem "Armuts-Bericht" aus dem Jahre 1990 verfügen 76% der Weltbevölkerung über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von unter 2.000 Dollar - darunter 57 Prozent (= ca. 2,9 Milliarden Menschen) mit einem Jahreseinkommen unter 500 Dollar (vgl. Goldberg, 1990, S. 1254).
- Umweltkatastrophen in transnationalen Dimensionen als Folge von "Störfällen" in den sogenannten "Risikoindustrien" (Großchemie, Kernkraftwerke: Bophal, Indien, 1984; Tschernobyl, Sowjetunion 1986; die chemische Rheinverseuchung im November 1986) haben ein neues Risiko- und Katastrophenbewußtsein geschärft: "Die heutigen Risiken und Gefährdungen unterscheiden sich wesentlich von den äußerlich oft ähnlichen des Mittelalters durch die *Globalität* ihrer Bedrohung (Mensch, Tier, Pflanzen) und ihre *modernen* Ursachen. Es sind *Modernisierungsrisiken*. Sie sind *pauschales* Produkt der industriellen Fortschrittsmaschinerie und werden *systematisch* mit deren Weiterentwicklung verschärft" (Beck, 1986, S. 29).
- Gleichzeitig hat die Entstehung globaler ökologischer Probleme wie die Schädigung der Ozonschicht, die globale Klimaveränderung, der saure Regen und die Verschmutzung der Ozeane die Notwendigkeit der internationalen Kooperation der Staaten erhöht: "Es gibt jedoch kaum Anzeichen dafür, daß der Nationalismus schwächer wird, und daß das 'globale Bewußtsein', das für die Lösung dieser Probleme erforderlich ist, sich schnell entwickelt" (Pirages, 1990, S. 18).
- Schließlich ist erst mit dem Zusammenbruch der politischen Systeme der "realsozialistischen" Länder das Wissen über die ökologische Katastrophe in weiten Teilen Ostmitteleuropas sowie über die Kette der "unerklärten Öko-Kriege" in Osteuropa während der vergangenen Jahre öffentlich geworden. In einer polnischen Zeitung wurde im April 1990 die Gefährlichkeit des ökologischen "Kriegsschauplatzes" folgendermaßen beschrieben: "In einem breiten Gürtel von Leipzig über Nordböhmen und Nordmähren bis nach Krakau bietet sich ein Bild der Verwüstung. Schlote von Fabriken und Kraftwerken speien Rauch voll Schwefeldioxyd aus. Saure Regen vernichten Wälder. Wasserströme sind durch Industrieabfälle verseucht und verwandeln sich in Giftkanäle. Im Wasser ist kein Leben mehr. Laut der Polnischen Akademie der Wissenschaften lebt ein Drittel der 38 Millionen Polen in

'Regionen der ökologischen Katastrophe'" (zit. n. Olschies, 1990, S. 141/2).

Es liegt auf der Hand, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise dieser Länder durch die Einführung der Marktwirtschaft und deren Integration in den kapitalistischen Weltmarkt überhaupt nur gelingen kann, wenn zwischenstaatliche bzw. internationale "Öko-Regimes" mit Sanierungsprogrammen etabliert werden, die geradezu gigantische Investitionssummen erfordern werden. Je weniger aber solche Regelungen greifen und die wirtschaftliche Entwicklung stagniert (mit der Konservierung von Massenarmut), um so größer wird die Gefahr, daß der Nationalismus sich zusätzlich über transnationale Öko-Konflikte anheizt.

Die Überlebtheit des alten Sicherheitsbegriffs

Die Bedingungen von Sicherheit und Stabilität im internationalen System werden keineswegs ausschließlich durch das ökonomische Wachstum, den Grad der Verflechtung und Interdependenz sowie durch die - in der Konsequenz der globalen Umweltkrise immer wichtiger gewordene - "Beherrschung" der stofflichen Voraussetzungen der Reproduktion der "Weltgesellschaft" definiert. Der für die internationale Politik maßgebende Sicherheitsbegriff seit der Entwicklung des Systems souveräner National- und Territorialstaaten besagt zunächst einmal, daß der Staat mit Hilfe der Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung militärischer Streitkräfte, den Abschluß von Verträgen und Bündnissen und Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen den Schutz seines Territoriums und der politischen und sozialen Interessen seiner Bürger vor Bedrohung von außen gewährleisten muß (Woyke, 1986). Zumal in der Nachkriegsordnung des Systemgegen-satzes beruhte die Führungsfunktion der beiden Supermächte USA und UdSSR auf ihren überlegenen militärischen Potentialen in den jeweiligen Bündnissystemen. "Seit dem Zweiten Weltkrieg sind weltweit 16 Billionen US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben worden. 1986 erreichten die jährlichen Ausgaben eine Höhe von 825 Milliarden Dollar... Die Industriestaaten haben - inflationsbereinigt - ihre Ausgaben seit 1960 verdoppelt; die Entwicklungsländer haben eine Steigerung um mehr als das Sechsfache zu verzeichnen... Die Supermächte und ihre europäischen Verbündeten sind für drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich" (Renner, 1989, S. 215). Rüstungsproduktion sowie der Handel mit Waffen sind daher auch zu bedeutenden Faktoren der Nationalökonomie wie der Weltwirtschaft insgesamt geworden.

Die herkömmliche Sichtweise von nationaler und internationaler Sicherheit ist jedoch in den letzten Jahren zutiefst erschüttert worden. Zunächst einmal besteht ein offenkundiger Widerspruch zwischen steigenden Sicherheitsausgaben und dem Anspruch, dadurch mehr Sicherheit - im Sinne von Kriegsvermeidung und Friedenssicherung - zu

erzeugen. "Die Staaten haben eine beispiellose militärische Stärke erreicht; trotzdem - oder vielleicht gerade deshalb - ist die Zahl der Kriege und Kriegstoten über die Jahrhunderte ständig größer geworden. Allein in den 80er Jahren wurden 22 Kriege geführt, mehr als jemals zuvor in der Militärgeschichte. Seit 1945 forderten 120 bewaffnete Konflikte - zusammengenommen vergleichbar mit dem Zweiten Weltkrieg - in der Dritten Welt mindestens 20 Millionen Todesopfer. Viele dieser Konflikte sind kaum in das Bewußtsein der westlichen Welt gedrungen, aber einige können sich als Pulverfaß erweisen und sich sehr schnell zu weltweiten Konfrontationen ausweiten" (ebd., S. 217).

Außerdem ist die Bedeutung der Rüstungsausgaben auf das engste mit den in diesem Abschnitt analysierten Veränderungen in den Machtstrukturen der Weltwirtschaft und der internationalen Politik verbunden:

Der Abstieg der beiden Weltmächte USA und UdSSR ist eine unmittelbare Folge der "Überdehnung" der Rüstungsausgaben, die mit ihrer weltpolitischen Führungsrolle legitimiert werden und deren Expansionslogik sich mit dem Rüstungswettlauf zwischen den Systemen immer mehr verselbständigt hat. Die gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben in den USA seit den späten 70er Jahren sollte u.a. die Sowjetunion "totrüsten". "Innerhalb der Reagan-Administration herrschte die einflußreiche These, daß ein beschleunigtes technologisches Wettrüsten das sowjetische System bis zum Zusammenbruch belasten würde" (Calleo, 1989, S. 119). Im Bewußtsein eines Ronald Reagan mag daher diese Strategie angesichts der Kapitulation der Sowjetunion und des "realsozialistischen Lagers" erfolgreich gewesen sein. Zugleich aber hat diese Politik die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft, also die "zivile Infrastruktur" des US-Kapitalismus, unterminiert, während umgekehrt Japan und die BRD von den vergleichsweise geringen Rüstungsausgaben profitierten.

Noch stärker als die USA hat sich die UdSSR letztlich durch die Rüstungsanstrengungen in die Sackgasse der Stagnation, der Krise und schließlich des Verfalls ihrer hegemonialen Machtposition in der Weltpolitik hineinmanövriert. Angesichts des geringen Entwicklungsstandes des Landes, der systemischen Blockaden einer ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Modernisierung, der Dauerkrise der sowjetischen Landwirtschaft waren die Rüstungsausgaben stets eine höhere Belastung - im Sinne der Absorption von produktiven Ressourcen - als in den kapitalistischen Industriestaaten. Paul Kennedy hat dieses Dilemma der sowjetischen Politik, das zuerst seit 1985 von M. Gorbatschow offen eingestanden wurde und sich inzwischen zu einer tiefen Existenzkrise des Landes gesteigert hat, vor den Ereignissen der Jahre 1989/90 folgendermaßen zusammengefaßt: "Wie jede andere der Großmächte muß sich die UdSSR daher bei der Zuteilung von nationalen Ressourcen entscheiden zwischen den Erfordernissen des Militärs - und der ihm eigenen Fähigkeit, die

russischen Sicherheitsbedürfnisse zu formulieren - und andererseits dem zunehmenden Bedürfnis der russischen Bevölkerung nach Konsumartikeln und besseren Lebens- und Arbeitsverhältnissen, ganz zu schweigen von verbesserten Sozialleistungen ...; und schließlich den Forderungen von Landwirtschaft und Industrie nach Kapitalinvestitionen, um die Wirtschaft zu modernisieren, die Produktivität zu erhöhen, mit dem Fortschritt der anderen Seite mitzuhalten, und auf lange Sicht sowohl die Verteidigungs- als auch die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen" (Kennedy, 1989, S. 737).

Die Tendenzen zum "neuen Protektionismus" in der Weltwirtschaft sind zudem unmittelbar mit der Bedeutung der Rüstungsausgaben, der Rüstungsproduktion sowie dem internationalen Handel mit Waffen verknüpft. Subjekt von Entscheidungen auf diesem Gebiet ist stets der Nationalstaat. Auch die NATO z.B. hat nicht verhindern können, daß die großen Staaten Westeuropas (vor allem Frankreich, Großbritannien und zunehmend auch die BRD) die Entwicklung und Produktion von Waffen als eine zentrale Komponente der nationalen Modernisierungsstrategie verfolgen und zugleich beim Waffenexport - vor allem in die Dritte Welt - blühende Geschäfte machen. Je mehr also die Wachstums- und Modernisierungskonkurrenz zwischen den kapitalistischen Industriestaaten durch die Bedeutung der Rüstungsindustrien im Innern und den Waffenexport nach außen beeinflußt wird, um stärker wird der Einfluß des Nationalstaates, der dazu tendiert, über die Hochrüstung seine Position zu festigen und zugleich diesen Sektor gegen transnationale Liberalisierung abzuschirmen.

Die Völker der Entwicklungsländer der Dritten Welt sind die Hauptopfer dieser Politik. Sie leiden nicht allein unter den Bürgerkriegen und den zwischenstaatlichen Konflikten sowie unter den Militärdiktaturen, die sie unterdrücken und ausbeuten. Vielmehr noch sind die Rüstungsausgaben in der Dritten Welt zum wichtigsten Hindernis für die Überwindung von Unterentwicklung, Massenarmut und katastrophalen infrastrukturellen Versorgungseinrichtungen geworden. Auch die Verschuldungskrise der Dritten Welt - vor allem die Bedingungen ihrer Lösung - werden durch Kriege, Rüstung und Waffenimporte determiniert: "Einer der Hauptgründe der internationalen Verschuldung ... ist der Waffenimport gewesen, der während der 70er Jahre größtenteils durch Kredit finanziert wurde... Es ist schwierig, die aus Waffenkäufen resultierende Schuldenlast abzuschätzen; man hält sie jedoch für beträchtlich. 1989 schätzte der Präsident der Weltbank Conable, daß ein Drittel der Schulden einiger größerer Länder der Dritten Welt auf Waffenimporte zurückgeht. Die Verschwendungssucht von Militärregierungen, die während der 70er Jahre eher die Regel als die Ausnahme waren, ist für die demokratischen Regierungschefs zu einer Belastung geworden" (Sen, 1990, S. 157).

Schließlich wird auch die globale politische Ökologie in hohem Maße durch Rüstungsausgaben, Militarisierung und gewaltsame Konflikte beeinflußt. Auf der einen Seite binden und verschwenden die Rüstungsausgaben Ressourcen, die für die Lösung der nationalen wie globalen ökologischen Probleme mobilisiert werden müßten. Auf der anderen Seite staut sich mit dem Fortschreiten der ökologischen Katastrophe (Wasserknappheit, Luftverschmutzung, Klimaveränderung, Verknappung der Energieressourcen u.a.m.) - wiederum vor allem in den Ländern der Dritten Welt, aber z.B. auch zwischen den Entwicklungsländern in Ost- und Südosteuropa - ein neues Konfliktpotential auf, das den Teufelskreis zwischen wachsender Verelendung und gesteigerten Militärausgaben noch einmal dynamisiert. "Für Verteilungskämpfe um natürliche Ressourcen bieten sich, zumindest aus der Sicht der sich streitenden Regierungen, militärische Lösungen an. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der Umweltzerstörung verwandelt sich hier ein Nullsummenspiel in ein Spiel ohne Sieger. So fortgeschritten die militärischen Mittel auch sein mögen, sie können verbrauchte Rohstoffe nicht ersetzen und das zerstörte ökologische Gleichgewicht nicht wiederherstellen. Das Einsatz des Militärs verschärft das Problem" (Renner, 1989, S. 233).

So ergibt sich zusammengefaßt, daß mit der Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung seit den 70er Jahren zugleich der traditionelle Begriff von nationaler und internationaler Sicherheit zutiefst problematisiert wurde. Zunehmend werden die mächtigsten Akteure der Weltpolitik mit der Erkenntnis konfrontiert, "daß zumindest langfristig militärisch das nicht zurückzugewinnen und zu sichern ist, was an ökonomischem Einfluß und an Wettbewerbspositionen verloren ging" (Senghaas, 1986, S. 41). Das Ende der Systemkonkurrenz, die ja ihrerseits nicht nur die Führungsposition der Supermächte, sondern zugleich die Steigerung der Militärausgaben legitimiert hatte, wird diese politische Entwertung militärischer Überlegenheit im Hinblick auf die notwendige Neuordnung der weltwirtschaftlichen und -politischen Beziehungen noch einmal verstärken.

Gleichzeitig artikuliert sich immer deutlicher die Erkenntnis, daß eine stabile Neuordnung in globalen Dimensionen, die den neuen Sicherheitsanforderungen Rechnung trägt, weder nach militärisch-politischen noch nach ökonomisch-technologischen Kriterien organisiert werden kann, sondern zugleich die Sicherung der globalen Lebens- und Existenzbedingungen der Menschheit berücksichtigen muß. Auf der Ebene der politischen Rhetorik scheint diese Erkenntnis längst Gemeingut geworden zu sein. So erklärte der Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 26. 9. 90 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: "Wir alle haben die Wahl, entweder die Erde in weniger Jahrzehnten endgültig und unwiderruflich zu zerstören oder verantwortlich damit zu beginnen, natürliche Hilfsquellen und Energievorräte mit Vernunft in fairer Partnerschaft wirklich umwelt-

freundlich zu nutzen" (Frankfurter Rundschau vom 27. 9. 1990). Die offenkundige und zunehmende Entkoppelung von Rhetorik und realen Problemlagen, von Krisendynamik und der Fähigkeit und Bereitschaft zur Krisenbewältigung scheint jedoch zunächst nur einmal Ausdruck der Tatsache zu sein, daß schon zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" und der Systemkonkurrenz ganz neue Widerspruchs- und Konfliktpotentiale im internationalen System dominierend geworden sind, die weder nach dem traditionellen Begriffsschema des Ost-West-Konfliktes noch nach dem traditionellen Selbstverständnis der westlichen Welt zu begreifen, geschweige denn zu lösen sind.

Es handelt sich bei diesem Text um einen Auszug aus der Rohfassung eines längeren Manuskripts, das im Frühjahr 1991 unter dem Titel "Jenseits der Systemkonkurrenz" erscheinen soll.

Literatur:

- Elmar Altvater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987.
- Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986.
- Joachim Bischoff und Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität. Krise des "Fordismus" und die Strategie der Linken, Hamburg 1989.
- David P. Calleo, Die Zukunft der westlichen Allianz. Die NATO nach dem Zeitalter der amerikanischen Hegemonie, Stuttgart 1989.
- Robert Gilpin, The Political Economy of International Relations, Princeton, New Jersey 1987.
- Heike Göbel u.a., Wachstum im asiatisch-pazifischen Raum. Implikationen für die internationale Arbeitsteilung. Kieler Studien Band 222, Tübingen 1988.
- Jörg Goldberg, Armut und Entwicklung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/ 1990, S. 1254 ff.
- Josef Grün und Detlev Wiener, Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984.
- Dietmar Herz, The American School of Decline. Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht, in: Neue Politische Literatur, Jg. XXXIV/1(1989), S. 41 ff.
- Rudolf Hickel, Wirtschaft, in: Michael Kittner (hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, S. 126 ff.
- Gerd Junne, Der strukturpolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industrieländern, in: Politische Vierteljahresschrift, 25. Jg.(1984), Heft 2, S. 134 ff.
- Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der grossen Mächte, Frankfurt/Main 1989.
- Henning Klodt u.a., Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb. Die deutsche Wirtschaft auf dem Prüfstand, Kieler Studien Band 228, Tübingen 1989.
- Arthur Mac Ewan and William K. Tabb (Eds.), Instability and Change in the World Economy, New York 1989.
- Harry Magdoff, A New Stage of Capitalism Ahead ? in: Mac Ewan/ Tabb (Eds.), a.a.o., S. 349 ff.
- Reinhard Meyers, Wie viele Schwalben machen einen Sommer ? (Re-) Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Neue Politische Literatur, Jg. 34 (1989), Heft 1, S. 5 ff.

- Wolf Olschies, Unerklärte Öko-Kriege in Osteuropa, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 20.Jg. (1990), Heft 3, S. 117 ff.
- James F. Petras and Morris H. Morley, The Imperial State and the Rise and Fall of US Imperialism, in: Mc Ewan/ Tabb (eds.), a.a. Ö., S. 44 ff.
- Dennis C. Pirages, Technology, Ecology and Transformations in the Global Political Economy, in: ders./ Ch. Sylvester (Eds.), Transformations in the Global Political Economy, London 1990, S. 1 ff.
- Michael Renner, Globale Sicherheit: die Forderungen werden immer höher, in: Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt - 89/90. Daten zum Überleben unseres Planeten, Frankfurt/Main 1990, S. 213 ff.
- Somnath Sen, Verschuldung, Finanzströme und internationale Sicherheit (aus dem SIPRI-Jahrbuch 1990), in: Beiträge zur Konfliktforschung, 20. Jg. (1990), Heft 3, S.149 ff.
- Dieter Senghaas, Die Zukunft Europas, Frankfurt/Main 1986.
- Susan Strange, Politics, Trade and Money, in: L. Tsoukalis (Ed.), Europe, America and the World Economy, Collège d'Europe (Bruges, Belgique) 1986, S. 243 ff.
- Susan Strange, States and Markets, London 1988.
- UNCTC, 1988 = United Nations Centre on Transnational Corporations, Transnational Corporations in World Development, United Nations, New York 1988.
- Wichard Woyke, Sicherheitspolitik, in: W. Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 447 ff.

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer
Alternativen

Geistig und seelisch mobil durch
Herbst und Winter in den 91er
Frühling

Deutsche Monatszeitschrift für
freies Denken und freie Rede

Aus dem Dietz Verlag Berlin

Einzelheft (etwa 100 Seiten) 5,-DM, Jahresabo 60,-DM plus Porto

Bestellung bei:

Zeitungs-Vertrieb Gebr. Petermann GmbH + CoKG,

Kurfürstenstr. 111, 1000 Berlin 30